

# Bierstädter Zeitung

Amtsblatt — Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich Dienstags, Donnerstags und Samstags. Bezugspreis: monatlich 40 Pfg., durch die Post vierteljährlich Mk. 1.20 und Bestellgeld. :: ::

(Umfassend die Ortschaften: Auringen, Breckenheim, Delkenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Heßloch, Igstadt, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Nautod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.)

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinste Peltzelle oder deren Raum 15 Pfg. Reklame und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 30 Pfg. berechnet. Eingetragen in die Postzeitung des 1. Juni 1916.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röberstraße. :: Fernruf 2027. :: Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze in Bierstadt.

Nr. 69.

Samstag, den 10 Juni 1916.

16. Jahrgang.

## Der deutsche Schlachtenbericht.

Wichtig fortwährender Kampf rechts der Maas. Großes Hauptquartier, 9. Juni. Amtlich. (WZB.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Artillerie brachte bei Lihons (südwestlich von) feindliche Munitionslager zur Entzündung; sie zerstörte feindliche Lager und Truppentransporte am Hof Suippes (in der Champagne), und hatte auf dem Maasufer sichtlich gute Erfolge gegen französische Batterien sowie gegen Infanterie und Lastkraftwagen.

Rechts der Maas schreitet der Kampf für uns günstig. Feindliche, mit starken Kräften geführte Gegenangriffe am Gehölz von Thiaumont und zwischen Chapitre und der Feste Vaux brachen ausnahmslos unter heftigster feindlicher Einbuße zusammen.

In den Bogenen östlich von St. Die, gelang es, durch Sprengungen ausgedehnte Teile der feindlichen Gräben zu zerstören.

### Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Bei den deutschen Truppen keine Veränderung.

Oberste Heeresleitung.

## Ein Stückchen Zukunftsstaat.

Massenverpflegung in Kriegsspeisehäusern.

Als vor einem Menschenalter unter dem Einfluß der unermesslichen Massen-Ansammlungen in den Städten die sozialistische Lehre aufkam und in Mache und Geltung kam, da spielte in den Auslassungen für die Zukunft auch die allgemeine Massen-Speisung eine Rolle. Man wandte damals besonders die aus der Verantwortlichkeitsgefühl des Einzelnen hervorgehende Idee der gemeinsamen geistigen und moralischen Unterweisung der breiten Massen dagegen ein.

Der Sozialismus selbst ist von diesen Zukunfts-ideen mehr und mehr abgekommen. Mit dem wachsenden Wohlstand, den steigenden Löhnen ergab sich in den sozialistisch denkenden Schichten das Bewußtsein nach eigener Bestimmung seines Lebensinhalts. Der Beruf herab bis zum Inhalt des Suppentellers. Und da bringt uns der Krieg, der uns schon so viele Überraschungen gebracht hat, eine Verwirklichung dieser ursprünglichen Idee in Gestalt von Kriegsspeisehäusern. Der durch die Abschneidung der Kraftmittelzufuhr herbeigeführte Mangel an Fleisch ist wünschenswert gemacht, zur Verfertigung der Durchgreifendes zu unternehmen, um die mit Einzelwirtschaft immerhin doch verbundene, wenn auch nicht allzu erhebliche Verschwendung zu vermeiden.

Die diese Einheitsverpflegung aussteht, wenn sie mit Mitteln großer Gemeinwesen betrieben wird, das man bei der nordhannoverschen Stadt Stade, wo man neuerdings auch an die Massenverpflegung Mittelstandes herangetreten ist. Ueber das Experiment in einer Stadt wird im „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ berichtet:

Die Stader Speiseanstalt, die abweichend von der Bezeichnung „Volkstische“ den Namen „Kriegsspeisehaus“ führt, ist der Kostenersparnis halber in den Erdgeschossen eines größeren städtischen Hauses untergebracht.

Die Speisen werden in großen Kesseln von je etwa 100 Liter Inhalt hergestellt und bestehen ausschließlich aus gemischten Suppen wie Reis-, Graupen-, Erbsen-, Bohnen-, Haserflocken- und Obstsuppen. Zu 1000 Portionen (1 Portion = 1/2 Liter) je nach der Zusammensetzung der Suppen 30 Pfund Fleisch oder Speck verwendet. Die Suppen nach dem allgemeinen Urteil schmackhaft und nahrhaft sein.

Die Ausgabe der Speisen erfolgt ausschließlich an Personen, die diese Tätigkeit unentgeltlich ausüben. Die Portion wird zum Preise von 10 Pfennig abgegeben, und zwar nur an bedürftige Personen, welche der Kriegsfürsorge, der Armenfürsorge oder gegen Berechtigungsscheine. Wo dies besonders notwendig erscheint, werden anstelle der Zusatzunterstützung Speisekarten für das Kriegsspeisehaus verwendet. Da die Suppen die gefocht werden, genügt eine Portion zur Sättigung; sonst werden mehrere Portionen an die einzelne Person verteilt.

Die Kosten der ersten Einrichtung einschließlich der Kessel und deren Einbau haben rund 1000 Pfennig betragen. Der Herstellungspreis der Speisen mit Einschluß der Löhne für das Küchenpersonal auf etwa 12 Pfennig für eine Portion. Diese werden in erster Linie durch die Einnahmen aus dem Verkauf der Speisen aufgebracht. Der Rest wird

nach Abzug der vom Staate für Kriegsfürsorgeeinrichtungen als Beihilfe gewährten Zuschüsse zu gleichen Teilen getragen von den Kriegsfürsorgeausschüssen des Regierungsbezirks und der Stadt Stade.

Soweit geht es die Bedürftigen an. Jetzt will man in Stade aber über diesen Rahmen hinausgehen: Die Einrichtung der Speisehalle hat unter der städtischen Bevölkerung solchen Anklang gefunden, daß der Magistrat der Stadt Stade sich veranlaßt gesehen hat, auf der gleichen Grundlage nunmehr eine gemeinsame Küche auch für den Mittelstand und die besser Mittelten zu errichten in der richtigen Erkenntnis, daß durch eine solche Gemeinschaftsküche viel an Fleisch und anderen Nahrungsmitteln gespart werden kann. Um die Vorteile einem möglichst großen Kreise zugänglich zu machen, sollen Einrichtungen zur Verköstigung weiterer 5000 Personen getroffen werden, so daß die jetzt in der Kriegszeit etwa 10 000 Einwohner zählende Stadt Stade in der Lage sein wird, 6000 Personen, das sind 60 Prozent der Bevölkerung, aus den städtischen Anstalten zu beschäftigen. Da die Neueinrichtung sich selbst unterhalten soll, muß der Preis für die in der Mittellandküche ausgegebenen Speisen etwas höher veranschlagt werden; vorläufig glaubt die Stadt, über den Betrag von 20 Pfennig für die Portion nicht hinausgehen zu brauchen.

## Französische Brunnenvergiftung

Freche Lügen über Deutschlands Verwaltung Polens.

Der Lhoner Funkspruch vom 13. Mai enthält folgende Auslassung:

„Die Ausbeutung Polens. Der Temps beweist zahlenmäßig, welche furchterlichen Lasten Deutschland Polen auferlegt hat. Deutschland hat aus den besetzten Teilen Polens, die annähernd zwei Drittel des Landes umfassen, 15 Millionen Rubel monatlich herausgezogen. Im Jahre 1912 hat das russische Reich aus ganz Polen 15 Millionen gezogen. Wenn die deutsche Regierung, sagt das Journal, auf diese Weise die Polen ausbeuten will, so geschieht es, weil sie das Land erschöpfen will, bevor sie gezwungen wird, auf seine Befreiung zu verzichten.“

Zur Berichtigung dieser Erfindungen wird deutscherseits gegenübergestellt, was Rußland und was Deutschland aus Polen zogen:

Rußland über 1/4 Milliarde.

Rußland hat in dem letzten Friedensjahr 1913 etwa 260 Millionen Rubel Einkünfte aus dem gesamten Königreich Polen gezogen. Davon sind zwei Fünftel im Lande verblieben, drei Fünftel sind zu allgemeinen Ausgaben des russischen Staates verwendet worden.

Unter den Einkünften von 260 Millionen Rubel sind folgende Hauptzahlen zu nennen:

- |   |                    |
|---|--------------------|
| 1. direkte Steuern (Grund-, Renten-, Gewerbesteuern) . . . . .      | 30 Millionen Rubel |
| 2. indirekte Steuern (Getränke-, Tabak-, Zuckers Steuern) . . . . . | 70 „ „             |
| 3. Zölle . . . . .  | 88 „ „             |
| 4. Stempelabgaben . . . . .   | 18 „ „             |

Deutschland nur 53 Millionen, die ausnahmslos im Lande blieben.

Demgegenüber beziffern sich die Gesamteinnahmen der Zivilverwaltung des deutschen Generalgouvernements für 1 Kalenderjahr (Januar 1915 bis Januar 1916) auf 53 Millionen Mark, also monatlich im Durchschnitt nur auf 4 1/2 Millionen Mark, gleich etwa 2 Millionen Rubel, und nicht 15 Millionen Rubel, wie der Funkspruch behauptet.

Dabei stehen

- |   |                   |
|---|-------------------|
| 1. die direkten Steuern mit . . . . .   | 10 Millionen Mark |
| 2. die indirekten Steuern mit . . . . . | 10,5 „ „          |
| 3. die Zölle mit . . . . .              | 88 „ „            |
| 4. die Stempelabgaben . . . . .         | 2 „ „             |

zu Buche. Sämtliche Einnahmen sind nur für die Landesverwaltung verwendet worden, im wesentlichen für die Kosten der Verwaltung, für Wege und Brückenbauten. Nach Deutschland sind Gelder nicht abgeführt worden.

Auch im neuen Etatsjahr werden sämtliche Einnahmen nur für die Zwecke des Landes verwendet. Ueberweisungen an die Reichskasse sind ausgeschlossen.

## Schuldnerschutz.

Erweiterung der Stundungsmöglichkeiten für Hypotheken.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 8. Juni eine Bekanntmachung über die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden beschlossen, die den Schutz der durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Haus- und Grundbesitzer über den bisherigen gesetzlichen Rahmen hinaus erweitert. Durch die Verordnung wird zunächst (mit Rücksicht auf

die erhebliche Dauer des Krieges und ihre Begleiterscheinungen im städtischen Immobilienwesen) die Länge der vom Gläubiger zu beweisenden Zahlungsfrist verlängert. Sie kann je nach dem Kapital der Hypothek oder Grundschuld oder die Ablosungssumme der Rentenschuld bis zu einem Jahre, für Zinsen und andere Nebenleistungen bis zu sechs Monaten bemessen werden (bisher sechs bzw. drei Monate). Damit können die Gläubiger ergebnislos verurteilt werden können, kann die Fristbestimmung von der Erfüllung bestimmter Bedingungen (z. B. Erhöhung des Zinsfußes) abhängig gemacht werden.

Bisher war bei vollstreckbaren Hypothekenforderungen die Fristverwilligung nur im Wege einer Einstellung der Zwangsvollstreckung — also durch eine Maßnahme von rein prozessualer Bedeutung — möglich. Nach der neuen Verordnung kann auch bei vollstreckbaren Hypothekenforderungen eine materielle Zahlungsfrist gewährt werden, die wie eine vom Gläubiger bewilligte Stundung wirkt, also vor allem den Eintritt von Verzugsfolgen verhindert. Die Entscheidung erfolgt durch das Amtsgericht, in dessen Bezirk das belastete Grundstück belegen ist.

Die Bewilligung von Zahlungsfristen soll, wenn Billigkeitsgründe vorliegen, in Zukunft auch bei Hypotheken zulässig sein, die nach dem 31. Juli 1914, also nach Kriegsausbruch, entstanden sind. In der Hauptsache ist dabei an Fälle gedacht, in denen Personen während des Krieges zur Verhütung eigener Verluste genötigt waren, ein Grundstück zu erwerben, ohne dabei das Borgebot berücksichtigen zu können. Für Kapitalschulden kann die Bewilligung einer Zahlungsfrist mehrfach erfolgen, für Zinsen und sonstige Nebenleistungen nur einmal.

Die Zwangsversteigerung kann auf Antrag des Schuldners für die Dauer von längstens sechs Monaten eingestellt werden, auch wenn die Bestimmung einer Zahlungsfrist abgelehnt oder nicht zulässig ist. Die Einstellung kann mehrfach erfolgen.

### Zahlungsfristen für heimkehrende Kriegsteilnehmer.

Eine andere Bekanntmachung des Bundesrats vom 8. Juni schützt die heimkehrenden Kriegsteilnehmer vor einem für ihr wirtschaftliches Fortkommen bedenklichen Zugriff ihrer Gläubiger. Auf Antrag des Kriegsteilnehmers kann Zahlungsfrist bis zu sechs Monaten bewilligt werden — auch für nach dem 31. Juli 1914, aber vor oder während der Teilnahme des Schuldners am Kriege entstandene Forderungen. Auf diese Forderungen findet auch die Verordnung über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung Anwendung. Die Zwangsvollstreckung kann auf sechs Monate eingestellt werden; die Einstellung kann mehrfach erfolgen und ist auch zulässig, wenn eine Zahlungsfrist bereits bestimmt ist. Voraussetzung für die Zahlungsfrist sowohl wie für die Einstellung der Zwangsvollstreckung ist, daß die wirtschaftliche Lage des Schuldners durch die Teilnahme am Kriege so wesentlich verschlechtert ist, daß sein Fortkommen gefährdet erscheint.

## Griechenlands Bedrängnis.

„Gewisse vorbeugende Maßnahmen“ gegen Griechenland.

Neuer verbreitet folgende Mitteilung des britischen Auswärtigen Amtes: Die Haltung der griechischen Regierung gegenüber der Lage, die sich aus der Übergabe griechischen Gebietes an die bulgarischen Truppen ergeben hat, hat es für die Alliierten notwendig gemacht, gewisse vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen. Die britische Regierung trifft gewisse Vorsichtsmaßnahmen bezüglich der Kohlenausfuhr und der griechischen Schifffahrt in britischen Häfen, um zu verhindern, daß Vorräte den Feind erreichen. Die Alliierten beraten über einschränkende Bestimmungen gegen griechische Häfen.

Mit dieser Mitteilung stimmt überein, daß nach einer Amsterdamer Meldung die Zollbehörden von Cardiff am Donnerstag Abend Befehl erhalten haben, alle Kohlenausfuhr für Griechenland zu verhindern.

Ferner meldet ein Amsterdamer Blatt aus London, daß 20 griechische Schiffe in englischen Häfen die Lieferung von Bunkerkohle verweigert wurde. Sie mußten die Docks verlassen, um für andere Schiffe Platz zu machen.

### Die Blockade in Kraft?

Der Londoner „Times“ zufolge berichten die Athener Blätter, daß die britischen Kriegsschiffe, die bei Phaleron signalisiert wurden, den griechischen Schiffen verwehrt, in den Piräus und in die Häfen von Syros und Milas einzufahren oder sie zu verlassen. Man glaubt infolgedessen, daß die Blockade in Kraft ist. Nach der Befreiung des Forts Rupel teilten die Gesandten der Entente der griechischen Regierung mit, daß die Folgen ernst sein würden, wenn den bulgarisch-deutschen Truppen gestattet würde, weiter auf griechischem Gebiet vorzudringen.



Reuter meldet aus Athen, obwohl noch keine amtliche Kundmachung vorliegt, glaube man, daß die Blockade der griechischen Handelsflotte seit 7. Juni in Kraft sei. In Schiffsverkehr im Piräus habe der plötzliche Schlag eine niederschmetternde Wirkung gehabt. In amtlichen Kreisen herrsche fieberhafte Tätigkeit. Es würden häufige Konferenzen abgehalten. Der Ministerpräsident sei in ständiger Fühlung mit dem König.

Die Demobilisierung der griechischen Armee wird gefordert.

Der Londoner „Daily Telegraph“ berichtet aus Saloniki: Alle griechischen Dampfer, die auf dem Wege nach griechischen Häfen angetroffen werden, werden nach Malta oder nach französischen Mittelmeerhäfen geschickt. Man weiß hier nicht sicher, was die Alliierten von Griechenland verlangten, ehe sie die Handelsblockade anwandten. Es wird aber von maßgebender Seite versichert, daß die sofortige Demobilisierung der Armee zu diesen Forderungen gehörte.

## Der Krieg zur See.

Artilleriegefecht vor der flandrischen Küste.

Donnerstag morgen fand vor der flandrischen Küste ein Artilleriegefecht auf große Entfernungen zwischen deutschen und Vorpöschbooten und feindlichen Monitoren und Zerstörern statt. Mehrere unserer Geschützsalven wurden als gut deckend beobachtet. Der Feind zog sich darauf in Richtung von Dünkirchen zurück. Die deutschen Streitkräfte erlitten keine Beschädigungen. Nachmittags wurde von einem unserer Seeflugzeuge ein französisches Kampfflugboot abgeschossen. Die Insassen wurden von einem unserer in der Nähe befindlichen Unterseeboote aufgenommen und in den Hafen gebracht.

Torpedobootsbeschuss gegen England.

Der „Deutschen Tageszeitung“ wird aus Amsterdam gemeldet: Der Dänischer Dampfer „Laura“ passierte unweit Terschelling eine Flottille deutscher Torpedoboots, welche sich nach der englischen Küste richteten. Ein eingelaufener Zerstörer sah ein Torpedoboot mit weggeschossenem Schornstein und Wasse. Ein anderer Zerstörer sah ein Kriegsschiff über der Küste und augenscheinlich verlassen. Namen und Nationalität beider Schiffe ist unbekannt.

Englands Offiziersverluste in der Schlacht am Stagerat. Die „Baker Nachrichten“ melden aus London: Eine Auflistung für die Verluste an Schiffsoffizieren während der Seeschlacht beim Stagerat enthält 32 Namen, darunter 24 von verwundeten und 8 von vermissten Offizieren. Die Gesamtverluste an Offizieren übersteigen jetzt 500, darunter 3 im Admiralsrang.

Neben 3000 Mann Verluste von drei Kriegsschiffen. Die britische Admiralität macht bekannt, daß der Verlust an Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften von der „Queen Mary“ 1200 beträgt, vom „Invincible“ 968 und vom „Defence“ 860. Bei dem Untergang der „Campania“ sind 38 Offiziere umgekommen.

Gerettete vom Kreuzer „Campania“.

Die englische Admiralität macht bekannt, daß ein Zerstörer und 11 Mitglieder der Besatzung der „Campania“ auf einem Floß gelandet sind.

Ein japanisches Geschwader in England?

Nach Berichten von Reisenden, die aus England in Bergen anlangen, traf ein japanisches Geschwader unter Admiral Mihama in England ein. Der Admiral und sein Stab wurden vom König empfangen. Das Geschwader begleitete wahrscheinlich die russischen Truppentransporte nach Frankreich, die teilweise auf japanischen Schiffen ausgeführt wurden. In England laufen Gerüchte um, wonach Japan auf dem europäischen Kriegsschauplatz sowohl zur See als zu Lande am Kriege teilzunehmen werde.

## Der Krieg im Orient.

Türkischer Kriegsbericht.

Das türkische Hauptquartier meldet unterm 9. Juni:

An der Front ist die Lage unverändert. An der Kaukasusfront fanden gestern keine wichtigen Unternehmungen statt, abgesehen von unbedeutenden Patrouillen- und Vorpöschgefechten auf einigen Abschnitten der Front. Am linken Flügel wurde ein überraschender Angriff, den der Feind mit schwachen Kräften unternommen hatte, mit Verlusten für den Feind abgeschlagen.

Wir verjagten aus dem Gebiet der Meerengen zwei feindliche Flugzeuge, die über Sedd ul Bahr und Rum Kale flogen. Ein Patrouillenboot des Feindes, welches versuchte, sich nach Ada zu nähern, wurde von zwei unserer Artilleriegeschosse getroffen und mußte sich an die hohe See zurückziehen, nachdem es einen Erwiderschuss abgefeuert hatte.

An der Front bei Aden wurden zwei feindliche Flugzeuge durch unser Feuer beschädigt und abgeschossen.

## Allgemeine Kriegsnachrichten.

Wie Deutschland die kleineren Völker „knetet“.

Aus Warschau wird gemeldet: „Die deutschen Okkupationsbehörden haben die Wiedereröffnung des im Jahre 1907 durch die russische Regierung geschlossenen polnischen Schulvereins zugelassen. Der wieder ins Leben tretenden Institution wurde nun gestattet, überall in Polen Zweigniederlassungen, Elementar-, Mittel- und höhere Schulen, Bibliotheken usw. zu gründen und zu unterstützen, desgleichen Vorträge und Vorlesungen zu veranstalten und pädagogische und wissenschaftliche Zeitschriften herauszugeben.“

Kleine Kriegsnachrichten.

Beim Glottschef Admiral Scheer sind bisher 260 000 Mark freiwillige Spenden zur Unterstützung der Hinterbliebenen gefallener Soldaten eingegangen.

Den „Baker Nachrichten“ zufolge ist durch einen Unfall des Jaren der Dragoner Gadowski vom Unteroffizier zum Rang eines Obersten befördert worden.

Die außerordentliche Beförderung wird in Zusammenhang mit einer Rettungsaktion bei der Gefährdung des Lebens des Jaren und des Thronfolgers gebracht.

Die französische Heeresleitung hat auf Wunsch der russischen Regierung eine beträchtliche Anzahl belgischer und französischer Flieger nach Russland abkommandiert. Sie sollen sich bereits am Aufklärungsdienst an der Nordwestfront und in Bessarabien beteiligen.

## Politische Rundschau.

Berlin, 9. Juni 1916.

Die Kapp-Broschüre. Aus Frankfurt wird gemeldet: Die Schrift des Generallandwirtschaftsdirktors Kapp gegen die Politik des Reichstanzlers ist sehr wenig umfangreich und nur in einer ganz kleinen Anzahl von Exemplaren verbreitet worden. Sie umfaßt etwa 30 Seiten auf einer Schreibmaschine und ist vor ganz kurzer Zeit erschienen.

Deutschlands Beispiel in der Welt voran! Aus Paris wird berichtet: Kammer und Senat nahmen den Gesetzentwurf über die Kriegsgewinnsteuer, sowie den Entwurf über die Einführung der Sommerzeit an. Danach wird die Zeit in der Nacht vom 14. zum 15. Juni um eine Stunde vorgerückt werden.

Die Idee der Reichseisenbahngemeinschaft begraben. Bei der Gründung des Reiches hatte Bismarck auch die Übernahme sämtlicher Eisenbahnen auf das Reich in Aussicht genommen und in diesem Sinne auch entsprechende Bestimmungen in die Reichsverfassung aufgenommen. In seinem Sinne ist dann lange Zeit hindurch wenigstens für eine Reichseisenbahngemeinschaft agitiert worden. Der Krieg scheint jetzt aber diesen Hoffnungen endgiltig den Garaus gemacht zu haben. Bei der Beratung des Eisenbahnetats in der bayerischen Kammer erklärte gestern Verkehrsminister v. Seidlin bezüglich der Frage einer Reichseisenbahngemeinschaft: Die Frage sei zurzeit erledigt. Preußen habe erklärt, daß es seine Bahnen in der Hand behalten müsse. Er könne für Bayern die gleiche Erklärung abgeben. Die getrennte Verwaltung der Staatseisenbahnen habe sich im Frieden und Krieg bewährt, es könne nicht die Rede davon sein, daß dabei Sonderinteressen über Reichsinteressen gestellt würden.

Bei der Abstimmung über die Kriegskredite haben bekanntlich die Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und der Abg. Nölde dagegen gestimmt. Von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion haben, wie der „Vorwärts“ mitteilt, 22 an der Abstimmung nicht teilgenommen. Einer von diesen 22, der Abgeordnete Krähig, erklärte, daß er durch äußere Umstände von der Teilnahme an der Abstimmung über die Kriegskredite abgehalten worden sei und dafür gestimmt hätte. Es haben sonach im ganzen 41 sozialdemokratische Abgeordnete beider sozialdemokratischen Richtungen die Kriegskredite nicht bewilligt, d. i. über ein Drittel der Sozialdemokraten beider Richtungen.

## Abgeordnetenhaus.

Berlin, 8. Juni 1916.

Die Ernährungsfragen

waren wie im Reichstage so auch in der heutigen, um 12 1/2 Uhr eröffneten Sitzung des Preussischen Abgeordnetenhauses Gegenstand ausgedehnter Beratungen. Nachdem man zuvor das Andenken des verstorbenen Abg. Bieder (freil.) in der üblichen Weise gelehrt und dem Regierungsantrag auf Vertagung des Landtages bis zum 10. November zugestimmt hatte, erstatteten die Abgg. Hoersch (kons.) und Lippmann (Sp.) den Bericht über die den Lebensmittelfragen gewidmeten Verhandlungen des Haushaltsausschusses, wobei letzterer die Erhöhung der Brot- und Futterrationen, sowie die Beschlagnahme der Kartoffeln verlangte.

Abg. Hofer (Soz.): Die Ernährung ist schlechter geworden. Die Kartoffelknappheit ist unerhört. Als Redner fortfuhr: Das Volk hier muß hungern und draußen wird es in den Schützengräben abgeschlachtet, entstand im Saale stürmische Unruhe, laute Rufe: Schluß! und Hinaus! ertönten.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz rief den Redner zur Ordnung.

Darauf wurde die Aussprache geschlossen.

Die Abgg. Hoersch (kons.) und Lippmann (Sp.) wiesen mit Entrüstung die Worte des Abg. Hofer zurück.

Sämtliche Anträge des Ausschusses werden in einer Abstimmung angenommen.

Es folgte die Beratung des Ausschussberichts über die Beschädigungen und den

Wiederaufbau Ostpreußens.

Abg. Frhr. v. Zedlitz erstattete den Bericht des Ausschusses.

Man stimmte darauf den Verordnungen für Ostpreußen zu und vertagte sich sodann auf Freitag 10 Uhr.

Schluß nach 5 1/2 Uhr.

## Herrenhaus.

Berlin, 8. Juni 1916.

Die Sitzung des Herrenhauses begann um 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stand zunächst der Antrag des Frhrn. v. Bissing über Sexualpädagogik.

Der Unterrichtsausschuß hat diesen Antrag in etwas veränderter Form aufgenommen, und beantragt, die Regierung zu ersuchen, im Einvernehmen mit den kirchlichen Behörden eine stärkere Verlässlichkeit der Sexualpädagogik herbeizuführen und die Bestrebungen der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu unterstützen.

Generaloberarzt Dr. Neuber-Kiel berichtete über die Verhandlungen des Ausschusses.

Generalgouverneur Frhr. v. Bissing wies in beifälliger ausgenommener Rede darauf hin, daß es sich bei der sexuellen Aufklärung der Jugend im Zusammenhang mit einer wirksamen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten um eine der wichtigsten Fragen handle, die der Krieg aufgeworfen habe.

Kultusminister v. Trott zu Solz machte darauf aufmerksam, daß bei der Frage der sexuellen Aufklärung der Jugend die Einwilligung der Eltern nicht übergangen werden könne. Es könne nicht Aufgabe der Schule sein, im Unterricht direkte sexuelle Belehrung zu geben. Wollte man wirkliche Besserung auf diesem Gebiete, dann müßten die Kräfte der Moral und der Religion in den Dienst dieser Sache gestellt werden.

Fürstbischof Dr. Vertram-Breslau führte aus, Aufklärung könne gewiß viel nützen, aber auch viel schaden. Man sollte das Verantwortlichkeitsgefühl der heranwachsenden Jugend und die Ehrfurcht vor Gottes Wort in ihr stärken.

Der Antrag des Ausschusses wurde in einer Abstimmung des Fürstbischofs Dr. Vertram etwas geändert angenommen.

Es folgte die Beratung eines Antrages des Frhrn. v. Hillebrandt-Breslau auf

Bermehrung der Auslandskenntnisse an höheren Schulen.

Nach vorausgegangener Aussprache, in der Kultusminister von Trott zu Solz die weitere Prüfung der Frage zusagte, ob es notwendig sein würde, höheren Lehranstalten außer Englisch und Französisch noch andere fremde Sprachen lehren zu lassen, wurde der Antrag angenommen.

Es folgte die Vorlage auf

Erhöhung der Zuschläge zur Einkommen- und Erbschaftsteuer.

Erzkanzler v. Bock teilte mit, daß die Kommission des Herrenhauses aus prinzipiellen Gründen an den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses Änderungen vorgenommen habe. Er beantragte deshalb, die Vorlage zur schriftlichen Berichterstattung an die Finanzkommission zurückzuverweisen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ein Zusatzantrag zu dem Lotterievertrag zwischen Preußen und Bayern, Württemberg und Baden wurde ohne Debatte angenommen.

Dem Antrag auf Vertagung des Landtags bis zum 10. November wurde zugestimmt.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen vertagte sich das Haus auf Dienstag, den 20. Juni. Schluß: 4 1/2 Uhr.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. Juni 1916.

Der Reichstag setzte heute vormittag 10 1/2 Uhr die Beratung der

Ernährungsfragen

fort.

Abg. Dr. Voehme (nl.) bemängelte u. a. die geringen Geldstrafen für Übertretung der Lebensmittelverordnungen. Die Interessen der kleinen Landwirte seien nicht genügend gewahrt worden. Bei der Verteilung und bei der Kleie müsse eine gerechtere Verteilung stattfinden.

Abg. Noeske (kons.) wies die gestrigen Angriffe des sozialdemokratischen Abg. Hoffmann gegen die Pommerischen Meiereien und die Gersteverwertungs-Gesellschaft als ungerechtfertigt zurück. Die deutsche Landwirtschaft habe ihre Aufgabe gegenüber dem deutschen Volk erfüllt. Die Sozialdemokraten sprächen immer von der Zerstörung, nicht von der ungeheuren Produktionsvermehrung durch die übermäßigen Lohnforderungen ganz junger Burschen. Die wahre Ursache der Ausbeutung sei der Kettenhandel. Die landwirtschaftliche Produktion müsse durch angemessene Beförderung werden. Zum Schluß kam der Redner auf die konföderative Forderung des rückständigen Bootkrieges gegen England zu sprechen, durch den allein der Krieg schnell beendet werden könne.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein legte die Richtigkeit der Behauptungen des Abg. Hoffmann (Soz.) über die Gersteverwertungs-Gesellschaft dar. Sie habe überhaupt keinen Gewinn erzielt.

Abg. Kapp (D. Fr.) weist auch auf den preiszehrenden Kettenhandel hin. Gegen den Wucher werde zu langsam und zu milde vorgegangen.

Abg. Wurm (Soz. A. G.) wendet sich in scharfer Ausföhrungen gegen die Agrarier und gegen Maßnahmen des preussischen Landwirtschaftsministeriums. Er fragt, wann endlich eine Reichsleischstelle errichtet werde, und verlangt weiter die Einführung einer Brotkarte und einer Reichsbutterkarte.

Hierauf wurde die Aussprache geschlossen, nach längerer Geschäftsordnungsdebatte aber wieder angenommen, um gemäß einem Antrag Haase (Soz. A. G.) noch die Lederfrage zu besprechen.

Zunächst folgte eine lange Reihe persönlicher Bemerkungen und dann die

Besprechung der Lederversorgung.

Abg. Simon (Soz.) kritisierte in scharfer Weise die Praxis der Kriegsleideraktiengesellschaft, die großen

Gewinne einheimst und das Leder verteuert habe. Abg. Werner-Gießen (D. Fr.) schloß sich im wesentlichen an.

Major Röth nahm die Kriegsleideraktiengesellschaft gegen die Angriffe der Redner in Schutz. Von ihr erzielten Gewinne würden dem Reiche zufließen.

Hierauf wurden die hierzu vorliegenden Entschlüsse des Ausschusses angenommen.

Präsident Dr. Kaempf verlas das Glückwunschgramm zum Seesieg am Stagerat vom ungarischen Magnaten- und Abgeordnetenhaus, sowie ein Telegramm der türkischen Parlamentarier, die sich auf der Heimreise nach Konstantinopel befinden.

In einer Schlußansprache gedachte Präsident Dr. Kaempf der letzten Erfolge unserer Krieger zu Wasser und zu Lande, die uns dem Frieden näher gebracht hätten.

Staatssekretär Dr. Helfferich verlas die kaiserliche Verordnung, durch die der Reichstag bis zum 26. September vertagt wird.

Präsident Dr. Kaempf schloß hierauf den Tagungsabschnitt des Reichstages mit einem Kaiserhoch.

Schluß: 6 Uhr.



## Galizischen Kriegsschauplatz

Russische Erfolge unter schweren Opfern.  
Nach einem amtlichen russischen Bericht vom 8. Juni haben die Russen bei ihrer gegen die österreichischen Stellungen in Wolhynien und Galizien gerichteten Offensive auf Befehl An der unteren Strypa nahmen die nach derselben Quelle die starken Befestigungen in Trubnowice (5 Km. südöstlich Buczacz)—Jasch und bis zur Strypa vor. Der russische Oberbefehlshaber, daß bei der Offensive bisher 51 000 Gefangene gemacht und eine Anzahl Geschütze und Maschinengewehre erbeutet worden sei, und schließt: „Das Ergebnis der Kämpfe vom 4. bis zum 7. Juni in Wolhynien und Galizien kann nach den erzielten Erfolgen als bedeutender Sieg unserer Waffen angesehen werden. Es ist zu erwarten, in der starken feindlichen Front ein tiefes Loch zu schlagen.“  
Die Russen diesen „bedeutenden“ Sieg — man hat nicht vor dem Abend loben! — nur unter schweren Opfern errungen haben, ist eine naheliegende Vermutung, die durch folgende Londoner Meldung eines „Times“-Korrespondenten in Petersburg bestätigt wird: „Man gebe in dortigen amtlichen Kreisen offen zu, daß die Russen ihre letzten Erfolge mit schweren Verlusten erkauft haben.“



Yuanschikail.

### Yuanschikail ermordet?

Neuer hat bekanntlich gemeldet, daß Yuanschikail ermordet sei. Nach einem Telegramm aus Peking vom 24. Juni, das von der russischen Grenze soll er in einem Mordanschlag erlegen sein: Bereits am 23. Juni war bekannt geworden, daß Yuanschikail seinen Speisensaal in der Substanten vorgelegt. Er war deshalb außerordentlich vorsichtig, denn von Nahrungsmitteln. In Peking heißt es, daß Yuanschikail mittels Giftinjektion in der Umgebung getötet worden ist. Die Leiche wurde nicht sofort gefunden, so daß vorerst eine Leiche der rechten Seite und der Junge eintrat. Alle Mittel zur Herstellung der Gesundheit des Patienten vergeblich waren, trat der Tod ein. Es als ziemlich sicher gelten, daß Yuanschikail ein gewisses Ansehen hin den Tod gefunden hat.

### Letzte Nachrichten.

**Spanien und der deutsche Seeflug.**  
Eine Madrider Meldung des „Az Est“ besagt: Die Presse bringt begeisterte Artikel gegen die Idee des Seefluges. Im allgemeinen wird diese Idee genannt. Das Blatt „Debate“ führt aus: „Nur eine solche Schiffe, und England kann seine Flotte „Britannia“ umschreiben lassen. England im Tonnagehaushalt und an Geschützen mehr verlor, die ganze spanische Flotte beträgt.“

**Griechenland demobilisiert!**  
Neuer meldet aus Athen: Der Ministerrat beschloß ein Dekret zu veröffentlichen, durch welches alle letzten Jahrgänge, die unter den Fahnen stehen, werden.

**Eine französisch-russische Ente.**  
Die bulgarische Telegraphenagentur ist ermächtigt, die Meldung der französischen und der russischen Armee Ferdinand habe das Kommando über die bulgarischen Armeen auf dem Balkan übernommen, Form für unrichtig zu erklären. In der Orga-

## Abgeordnetenhaus.

— Berlin, 9. Juni 1916.

Die heutige, um 10 1/2 Uhr eröffnete Sitzung des Abgeordnetenhauses war die letzte vor Pfingsten. Die Tagesordnung enthielt als ersten Punkt den gemeinsamen Antrag der bürgerlichen Parteien auf

**Erhöhung der Kriegszulagen für die Beamten, Staatsangestellten, Staatsarbeiter und Volksschullehrer.**

Abg. Bruck (Ztr.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Dann folgte eine kurze Aussprache, die von den Abgg. v. d. Osten (Konf.), v. Savigny (Ztr.), Dr. Gottschalk (natl.), Delfus (Sp.), Reinert (Soz.) und Dr. Knewaldt (freil.) bestritten wurde.

Unterstaatssekretär Michaelis gab die Bereitwilligkeit der Regierung kund, dem Antrag stattzugeben.

Er wurde einstimmig angenommen.  
Es folgte der Bericht der Staatshaushaltskommission über das Schreiben des Reichskanzlers an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses vom 12. Februar 1916 über die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen.

Die Kommission hat sich mit der Frage der Zuständigkeit des Abgeordnetenhauses für die Besprechung auswärtiger Fragen beschäftigt und folgenden Beschluß gefaßt:

„Das Abgeordnetenhaus hält gegenüber der in dem Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums vom 12. Februar 1916 vertretenen Auffassung an seinem verfassungsmäßigen Rechte fest, der Regierung auch in auswärtigen Fragen seine Ansicht auszusprechen und um Auskunft über ihre Stellung im Bundesrat in diesen Fragen zu ersuchen.“

Präsident Graf v. Schwerin-Börsch schlug die Beschränkung der Aussprache auf die juristische Seite der Frage vor. Dem widersprach der Abg. Ströbel (Soz.). Das Haus aber stimmte mit Ausnahme der Sozialdemokraten dem Vorschlag des Präsidenten zu.

Vizepräsident des Staatsministeriums v. Breitenbach erklärte, daß die Regierung an ihrer von der Mehrheit des Hauses abweichenden Auffassung abstehe. Sie glaube aber, daß die gegenwärtige Zeit nicht geeignet sei, diese Erörterungen fortzusetzen, um so mehr, als die Regierung fest entschlossen sei, das Verhältnis gegenseitigen Vertrauens zu dem Landtage zu fördern und zu stärken. Sie werde den Sorgen und Wünschen des Landtages volle und ernste Beachtung schenken.

Abg. Ströbel (Soz.): erklärte, daß seine Parteigenossen der Entschließung nicht zustimmen, obwohl sie der Auffassung seien, daß das Abgeordnetenhaus zur Besprechung auswärtiger Fragen kompetent sei. Der Redner kam darauf auf politische Fragen zu sprechen. Vom Präsidenten zweimal zur Sache gerufen, verließ er mit den Worten: „Die Blutschuld liegt auf den bestehenden Klassen“ die Tribüne. Der Präsident erteilte ihm nunmehr noch einen Ordnungsruf.

Daraus wurde die Entschließung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Die Tagesordnung war hiermit erledigt, und das Haus vertagte sich auf den 24. Juni, um dann die vom Herrenhaus zurückzuwartende Steuervorlage nochmals zu beraten.

Schluß 12 1/2 Uhr.

### Berichtsaal.

† Ein Vater, der seiner Tochter das Bett kündigt.  
Daß energische Väter, Töchter, die nicht recht parieren wollen, aus dem Hause weisen, kommt ziemlich häufig vor. Daß aber ein Vater seiner Tochter das von dieser benutzte Bett regelrecht aufkündigt, dürfte wohl noch nicht vorgekommen sein. Der eigenartige Fall beschäftigte das Josephstädter Bezirksgericht in Wien, vor dem sich ein 65-jähriger Privatier und seine 38 Jahre alte Tochter gegenüberstanden. Die beiden Parteien hatten vor einiger Zeit mit einander einen Streit und die Folge war, daß der Vater der Tochter mit der gesetzlichen Kündigungsfrist das bisher in der elterlichen Wohnung innegehabte Bett aufkündigte. Die Tochter ließ sich das aber nicht gefallen und erhob Einspruch. Ihr Vertreter machte in der Verhandlung geltend, daß seine Mandantin mit dem Vater, der Mutter und einem Bruder in gemeinsamer Wirtschaft lebe und zu den Kosten des Haushalts von ihrem Gehalt beitrug. Diese Beitragsleistung könne aber nicht etwa als Wohnungsmiete angesprochen werden, überhaupt sei das ganze Verhältnis zwischen den Parteien kein solches, das aufgekündigt werden könne. Sonst könnte schließlich auch der Ehemann seiner Frau mit gesetzlicher Frist die Wohnung „kündigen“. Der Richter stellte sich ebenfalls auf diesen Standpunkt und gab der Tochter Recht. Dem Vater wurden die Kosten des Rechtsstreites aufgebürdet.

## Totales und Provinzielles.

### Religiöse Betrachtung.

Text: Joh. 16, 12, 13. Ich habe euch noch viel zu sagen, aber ihr könnt es jetzt nicht tragen. Wenn aber jener, der Geist der Wahrheit kommen wird, der wird euch in alle Wahrheit leiten. Denn er wird nicht von sich selber reden, sondern, was er hören wird, das wird er reden, und was zukünftig ist, wird er euch verkünden.

Das Wort, das Jesus in der Abschiedsstunde vor dem Gange nach Gethsemane gesprochen hatte, enthält eine köstliche Pfingstpredigt. Unsicher und angstvoll umringten die Jünger in jener Stunde den Meister. Wie bald sollten sie auseinanderstieben gleich der Spreu im Winde ohne Halt, Glauben und Hoffnung! Wie mutig und stark waren sie aber, als der Geist der Wahrheit zu ihnen kam! Wenig geeignet erschien den Jüngern die Stunde um solches zu verstanden. Jesus faßt es wohl, darum sagte er: „Ich habe euch noch vieles zu sagen, aber ihr könnt es jetzt nicht tragen.“ Noch hatten sie die Auferstehung nicht erlebt, nach deren es ihnen wie Schuppen von den Augen fiel. Eins war ihnen bewußt, daß er Meister von ihnen schied. Mit ihm schwand aller Trost, Freude und Kraft und die Geister des Jenseits, der Verzweiflung zogen in ihre Herzen. Wohl ist des Menschen Herz ein tropisches, verzagtes Ding, solange es auf sich selbst gestellt ist, erst der Geist der Wahrheit kann es heilen, wenn er in ihm wohnt. Dann wird aus dem verleugnenden Simon der Petrus. Aus dem Schwanken der Jünger wird Festigkeit. Wie zurückgezogen hatten sie seit Ostern gelebt, mit welcher feurigen Bekehrung traten sie am Pfingsten in die Öffentlichkeit! Es war der Geist der Wahrheit, der sie jetzt erfüllte. Merkwürdig ist es, daß die Pfingstpredigt Petrus die von diesem Geist erfüllt ist, nur wenig über seine Person, aber ein gewaltiges Zeugnis von Christo enthält. Die Verheißung ist erfüllt: Er wird nicht von sich selbst reden, sondern was er hören wird, das wird er reden. Johannes, dem Aufzeichner des Textes, wurde der weiteste Blick in die Zukunft gewährt. Petrus durfte am Pfingstfest in die Vergangenheit zurückzusehen und aus dem Propheeten beweisen, daß dieser Pfingsttag von Gott schon lange vorbereitet und geweiht war. So hat der hl. Geist, der durch das Wort Gottes und den Mund der hl. Männer Gottes redet, in alle Wahrheit hineingeleuchtet und hineingeleitet.

**e. f. Zeitungs-Unternehmungen und Krieg.** Wohl wenig Unternehmungen haben in diesem Jahr alle wirtschaftlichen Werte drückenden Kriege so zu leiden, als gerade die des Zeitungswesens. Unter ihnen wiederum die kleinen Betriebe mehr denn die Großen. Während auf der einen Seite fast alle Produkte fürs Zeitungsfach um das Doppelte und Dreifache gestiegen (Papier, Druckfarben, Schrift und Schriftmetalle) dazu noch erhöhte Ausgaben für Nachrichten (Telegramme usw.) sind auf der anderen Seite die Einnahmen (besonders im Inseratsfach) gegen normale Zeiten um ebendasselbe gefallen. So hat z. B. die „Deutsche Tageszeitung“, ein vielgelesenes Hauptblatt Berlins, für 1915 ein Verlustkonto von 87 000 Mk. zu verzeichnen. Es ist auch ein Stück echt nationaler Sinn, daß ein jeder seine Zeitung (wie man so sagt „sein Viehhäut“) in dieser Zeit der Zeitungs-Unternehmungen so schweren wirtschaftlichen Konjunktur nach Möglichkeit unterstützt.

**\* Bierstadt.** Wiederholt wurde bemerkt, daß Kinder im Getreide herumlaufen, um Feldblumen zu pflücken. Daß hierbei die Frucht nicht unbeschädigt bleibt, ist leicht zu denken. Auch die kaum nützlichen Äpfelchen werden schon von den Bäumen gepflückt. Hieran sind mitunter auch noch nicht schulpflichtige Kinder beteiligt. Die Eltern sind nach dem Gesetze auch für deren Tun und Treiben haftbar und dürfen etwaige Strafzettel nicht allzu knapp aus allen.

**\* Bierstadt.** Eine Gentesflächenhebung für unsere Gemeinde findet an den beiden Pfingstfeiertagen durch Ortslieden statt. Näheres im amtlichen Teil.

**\* Schierstein.** 12 Domänengrundstücke, 2 1/2 ha groß, werden am Freitag, 15. Juni auf hiesiger Bürgermeisterei ausbezogen. Näheres Bekanntmachung.

### Eingeandt.

(Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.)

Die Verteilung der Lebensmittel läßt leider noch viel zu wünschen übrig. Ich erlaube mir nur auf zwei Nahrungsmittel hinzuweisen, deren gerechtere Verteilung auch für Bierstadt, in anderen Orten ist es schon wesentlich besser, ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden könnte. Es sind dies Butter und Eier. Nach dem hiesigen Verteilungsmodus entfällt auf eine Familie bis einschließlich 3 Köpfen ein Viertel Pfund, eine solche bis einschließlich 6 Köpfen ein Halb Pfund Butter usw. Also für die einzelne Person wird ebenso viel Butter ausgegeben wie für drei, vier und sechs Personen. Noch krasser aber zeigt sich die Schie bei der Eierverteilung. Hierbei entfallen auf jede Familie 2 Eier, wobei jeder Kostgänger als Familie gerechnet wird. Es erhält sonach eine alleinstehende Witwe mit vier Kostgängern 5 mal 2 gleich 10 Eier und eine Familie aus 7 Köpfen 2 Eier. Eine anderweitige Regelung nach der Kopfzahl wäre hier unbedingt am Platz. Es ist nicht gut anzunehmen, daß der hierfür maßgebenden Körperschaft bestimmte Vorschriften gemacht sind, wenn dies aber in der geschilderten Form trotzdem geschehen sein sollte, so müßte sie nachdrücklich Berwahrung hiergegen einlegen.

### Todes- + Anzeige.

Mache allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine innigstgeliebte Frau, unsere treusorgende, unvergeßliche Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

**Frau Philippine Kilian**

geb. Göbel

im Alter von 51 Jahren, nach längerem schweren mit Geduld ertragenem Leiden am 8. Juni plötzlich dahingeshieden ist.

In tiefem Schmerz:

**Karl Kilian nebst Kinder.**

Bierstadt, den 10. Juni 1916.

Die Beerdigung findet am 2. Pfingstfeiertage, nachmittags 2 30 Uhr vom Trauerhause Langgasse 1 aus statt.



